



Mancher Teddy muss warten: An einigen Orten machen sich die Kitas bereits gegenseitig die Kinder streitig.

Einsame Teddybären

Lange waren Betreuungsplätze in Kitas Mangelware. Nun herrscht teilweise ein Überangebot. Das hat auch mit Papi-Tagen zu tun. **Von Stefanie Pauli, René Donzé**

Das Stadtzürcher Quartier Hottingen liegt zwischen Hochschulquartier und Hotel Dolder am Zürichberg – eine gute Lage. Auch für Familien. Wer hier wohnt und Nachwuchs erwartet, sollte keine Probleme haben, einen Kita-Platz für sein Kind zu finden. Statistisch gesehen liegt die Versorgungsquote in Hottingen bei 140 Prozent, ein Überangebot also. In den letzten Jahren haben hier mehrere Kitas geschlossen, sie hiessen zum Beispiel Ameisenburg, Colibri und Sunshine.

Hottingen ist damit nicht alleine, auch anderenorts in der Stadt Zürich übersteigt das Angebot die Nachfrage aus dem Quartier. Dass die Kitas gewisser Stadtteile dennoch gut ausgelastet sind, hat mit den Pendlerinnen und Pendlern zu tun, die ihre Kinder in die Stadt bringen. In Hottingen ist dies weniger der Fall, so erlebte hier auch die Kita Pop e Poppa im letzten Sommer einen Nachfrageknick, wie Frédéric Baudin erzählt. Er führt dieses Kita-Netzwerk mit 71 Kindertagesstätten in neun Kantonen. «In Hottingen wird mit Marketingmassnahmen um jedes einzelne Kind gekämpft», sagt er.

Insgesamt hat die Stadt Zürich eine durchschnittliche Versorgungsquote von nahezu 100 Prozent, das heisst, auf jeden Platz kommen 1,76 Kinder, weil längst nicht alle Kinder fünf Tage pro Woche in die Kita gehen. Auch anderenorts in der Schweiz sieht er Tendenzen zur Überversorgung. «Sogar Eltern von Zwillingen finden in den meisten Deutschschweizer Städten innerhalb

weniger Tage einen Platz», sagt Baudin. Die Zeiten, in denen Eltern ihre ungeborenen Babys direkt nach dem positiven Schwangerschaftstest auf Wartelisten setzen mussten, sind vorbei.

Mehr Paare betreuen ihre Kinder selbst

An einigen Orten machen sich die Kitas bereits gegenseitig Kinder streitig, wie Frédéric Baudin sagt, der gleichzeitig Co-Präsident von KiQ ist, dem Schweizer Verband privater Kitas. Mehrere Gründe führten zu der angespannten Situation: Vor allem liege es an den rückläufigen Geburtenzahlen, aber auch an der Art und Weise, wie die jungen Familienmütter und -väter heute arbeiten: «Es gibt viel mehr Paare, die ihre Kinder möglichst viel zu Hause betreuen», sagt er. Und am Freitag, dem typischen Papi-Tag, seien die Kitas dann halb leer.

Was Zürich erlebt, erfährt auch Bern. «Es gibt ein Überangebot an Kitas», sagt Alex Haller, Leiter Familie und Quartier der Stadt Bern. Dort lag die Auslastung letztes Jahr bei durchschnittlich 80 Prozent. Eine zunehmende Anzahl Plätze bleibe leer, sagt Haller: «In den letzten zwei Jahren haben in der Stadt Bern sechs Kitas geschlossen.» Auch eigene Kitas habe die Stadt in den letzten Jahren aufgegeben. Haller stellt fest, dass Betreuungspensen von weniger als zwei Tagen zunäh-

men, während die Anzahl Kinder, die drei oder mehr Tage in die Kita gingen, rückläufig sei – ein Hinweis auf mehr familiäre Betreuung. «Eltern suchen wegen der hohen Lebenskosten vermehrt nach Alternativen, sie senken ihr Pensum und betreuen ihre Kinder selbst oder bitten die Grosseltern um Hilfe.»

Diese Entwicklung fällt in eine politisch heisse Phase. Die SP hat ihre Kita-Initiative eingereicht, die fordert, dass Familien maximal 10 Prozent ihres Einkommens für die externe Kinderbetreuung ausgeben müssen. Währenddessen streiten

sich in Bern die Politikerinnen und Politiker darum, ob und wie der Bund die familienexterne Kinderbetreuung unterstützen soll.

Ursprünglich hätte der Bund jährlich rund 710 Millionen Franken aufwenden sollen, um die Familien zu unterstützen, so wollte es der Nationalrat. Eltern sollten um rund 20 Prozent der Kosten entlastet werden. Pro Kind und Monat und je nach Betreuungsumfang würde Eltern mit zwischen 100 und 500 Franken unter die Arme gegriffen. Der Bundesrat wehrte sich sofort dagegen. Auch der Ständerat liess kein gutes Haar an der Idee des Nationalrats. Nicht der Bund, sondern die Firmen sollten die Unterstützung schultern und diese über Lohnprozente finanzieren. Die Arbeitgebenden müssten mithelfen, den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Das passt wiederum der Wirtschaft nicht.

Die Vorlage sollte eigentlich die bisherige Anschubfinanzierung des Bundes für Kita-Plätze ablösen. Seit 2003 hat der Bund mit insgesamt 480 Millionen Franken die Schaffung von 77 000 neuen Betreuungsplätzen unterstützt. Für Frédéric Baudin vom Verband privater Kitas ist klar, woher die Überkapazitäten kommen: «Wir haben es verpasst, die Anschubfinanzierung für Krippen rechtzeitig zu stoppen.»

Die Schweiz also ein Kita-Paradies? Mitnichten, sagten die Befürworterinnen und Befürworter der Kita-Förderung. «Die Situation in vereinzelten Städten kann nicht auf die gesamte Schweiz übertragen werden», sagt Maximiliano Wepfer vom Verband für Kinderbetreuung Schweiz. An den meisten Orten bleibe die Lage angespannt. Dort müsse das Angebot weiter ausgebaut werden, denn der Bedarf bestehe.

Die Nachfrage hängt auch von den Kosten ab

Auch Nadine Hoch, Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen, wehrt sich. «Es gibt kein Überangebot. Ganz im Gegenteil. Es fehlen nach wie vor Plätze», sagt sie. «Die Nachfrage nach Kita-Plätzen ist vor allem eine Frage der Kosten.» Es lohne sich für viele Eltern kaum, ihre Kinder in eine Kita zu geben. Das zweite, meist bedeutend kleinere Einkommen der Eltern werde schnell von den hohen Kita-Kosten aufgeessen. Laut einer OECD-Studie bleiben einer Schweizer Mutter, die voll wieder in den Beruf einsteigt, von 100 verdienten Franken nur deren 34. Vom Rest geht ein Grossteil für Betreuungskosten und Steuern weg. Damit liegt die Schweiz im internationalen Vergleich auf den hinteren Rängen.

Um Kitas zu fördern, entstand vor einigen Jahren eine breite Allianz aus Mitte-links-Politikern und Wirtschaftsvertretern, die wegen des Fachkräftemangels eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie forderten. Laut Studien würde ein gutes und vor allem auch günstigeres Betreuungsangebot den Entscheid für eine Erwerbstätigkeit begünstigen. So würde ein Drittel der erwerbstätigen Frauen in diesem Fall ihr Pensum erhöhen und gut ein Viertel der ausgestiegenen Frauen wieder in die Arbeitswelt zurückkehren.

Mehr staatliche Gelder für eine bessere Auslastung der Kitas, das stösst im rechten politischen Spektrum auf Skepsis. Die SVP-Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren führt selber eine Kita in der Agglomeration Bern. Sie glaubt nicht, dass mehr Eltern ihre Kinder in die Kitas schicken, wenn der Staat sie unterstützt. «Das zeigt der Kanton Bern exemplarisch. Dort kämpft auch die Stadt Bern trotz Betreuungsgutscheinen für alle Eltern mit einem Überangebot», sagt sie.

Ein gewisses Überangebot an Kinderbetreuungsplätzen, da sind sich viele einig, ist eigentlich gar nicht schlecht. «Früher konnte man in jedem Hinterhof eine Kita eröffnen, und die war sofort voll», sagt eine Kita-Betreiberin. Heute Sorge die stärkere Konkurrenz wenigstens für etwas Markt in diesem Bereich. Wenn die Eltern auswählen können, dann erhöht das den Druck auf die Qualität der Betreuung.

Einer Mutter, die wieder in den Beruf einsteigt, bleiben von 100 verdienten Franken nur 34.